

# Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redigirt von J. S. v. Hoffstetten und J. S. v. Schweizer.

Redaction und Expedition:  
Berlin,  
Alte Jakobstraße Nr. 67.

**Abonnements-Preis** für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12½ Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (R. 1. 10 Südd., R. 1. 10 Westr.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreizehnpaltene Blatt-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bander, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.  
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

## Die deutschen Arbeiter und das neueste Großpreussenthum\*)

bilden den Gegenstand eines von uns bereits erwähnten und „Die Arbeiter“ überschriebenen Leitartikels des halb-offiziösen Berliner „Publicist“.

Der Artikel, ein seltsames Gemisch von wahren und unwarhen Behauptungen, von richtiger und verkehrter Auffassung, von Thatsachen und Erfindungen, veranlaßt uns, in Kürze unsere Ansichten über die Stellung auszusprechen, welche die Arbeiterpartei gegenüber der neupreussischen Großmachtpolitik einzunehmen hat und unserer Ansicht zufolge wirklich einnimmt.

Wir lassen zu diesem Behufe erst den Artikel des „Publicist“ hier folgen, welcher schreibt:

Die Arbeiter haben zu der Wahlrechtsfrage und zu der deutschen Frage bekanntlich bereits eine andre Position genommen, als die Führer der Fortschrittspartei, theils stehen sie im Begriff, es noch zu thun.

Die LassaLEANER, die Staatshilfe wollen, und die SCHULZEANER, die ihre Sache auf Selbsthilfe stellen, stimmen darin überein, daß sie nicht blos das allgemeine gleiche Wahlrecht, sondern auch directe Wahl fordern, weil, wie sie gleichmäßig erklären, beides die erste Bedingung sei, um die Interessen der Arbeiter und den Willen der Arbeiter staatlich zur Geltung zu bringen.

Die Führerschaft der Fortschrittspartei kann sich zwar natürlich gegen die Forderung des allgemeinen gleichen Wahlrechts nicht sperren; desto weniger behagt ihr bis jetzt die directe Wahl. Augenscheinlich ist sie mißtrauisch gegen die Handhabung und die Resultate dieses Wahlmodus. Das ist auch durchaus erklärlich, nachdem sich das in Preußen bestehende Wahlgesetz in seiner Anwendung und seinen Erfolgen so günstig für die Partei gezeigt hat.

In der deutschen Frage findet unter den Arbeitern, wie man aus dem Discussionsgange in ihren Versammlungen entnehmen kann, ein Schwanken statt. Ueber den Principalsatz, daß die Einheit Deutschlands zu erstreben ist, herrscht allerdings kein Schwanken, desto mehr aber über die Frage, wie sie zu erstreben und zu erreichen ist.

Die Kleinstaaterie und die auf ihre Erhaltung, ja Förderung gerichtete deutsche Politik findet in dem an sich gefunden Sinn und in dem unwichtigen Urtheile der Arbeiter keine Vertretung, daher denn auch nicht die Augustenburger Färbung der Schleswig-Holsteinischen Frage. In dieser Beziehung weicht die Arbeiterpolitik von der Politik der Führer der Fortschrittspartei merklich ab.

Was dagegen an Stelle der Kleinstaaterie und der particularistischen Zerrissenheit treten soll, darüber fehlt ebenso Klarheit als Einigkeit. Man möchte wohl Preußen den Beruf übertragen sehen, das Einheitswerk zu

vollziehen; aber das Ministerium in Berlin ist ja ein „freibeitfeindliches“, das die von den Abgeordneten des Volkes aus der Verfassung beanspruchten Rechte nicht gewähren zu können erklärt hat. Ergo: es muß erst ein „freibeitfreundliches“ Ministerium kommen, d. h. ein Ministerium, das die Forderungen der Majorität des Abgeordnetenhauses striete erfüllt; dann „wollen wir weiter darüber nachdenken.“

Eine zweite Ansicht, die sich in den Arbeiterversammlungen ausdrückt, drückt ein enges Anschließen an die Politik aus, die in der äußersten Linken des preussischen Abgeordnetenhauses und überhaupt in der Führerschaft der deutschen Fortschrittspartei ihre Vertretung hat: nicht Preußen, als Staat, sondern allein das Volk habe den Beruf, Deutschland frei und durch die Freiheit einzig zu machen. Daher, als Resultat der Volksanstrengung und des Volkswillens: erst ein deutsches Parlament und „dann wollen wir weiter reden.“

Nun ist aber das Eine genau so verkehrt, als das Andre. Mit dem spätern Nachdenken und dem spätern Reden, wenn erst dies oder das erreicht sein wird, ist es in politischen Dingen sehr faul. Damit lockt man keinen Hund aus dem Backofen, und damit haben gerade wir Deutschen immer noch die beste Zeit versäumt. Das Eisen will geschmiedet sein, wenn es heiß ist; heiß ist es aber gerade jetzt, und darum muß man zum Hammer greifen, ehe unter dem Stichtoff der Wenn und Aber das Feuer wieder verlöscht.

In der Vorgehensweise der Situation ist grade nur das jetzige „freibeitfeindliche“ Ministerium in Preußen im Stande, das mit Ernst und Thatkraft Unternommene auch wirklich zu vollbringen; kein nachfolgendes, etwa gar mit dem schwächlichen Programm der „moralischen Eroberungen“, würde auf dem betretenen und wohl nicht mehr zu verlassenden Wege das Vollbringen ermöglichen. Kommt Deutschland jetzt und auf diesem Wege nicht zur Einigung, dann legen wir die ganze Geschichte wieder auf lange ad aeternum. Denn das Volk ist nur etwas, wenn es an der Hand einer starken Regierung marschirt; ohne dies erreicht es nichts, oder es bleibt ihm nur die Revolution.

Interessant und lehrreich für das, was wir soeben sagten, ist der gestern berichtete Verlauf einer in Leipzig\*) stattgehabten großen Arbeiterversammlung. Die Richtung der Leipziger Arbeiter ist angeprägt Lassalleanisch. Dieser Richtung nach haben also gerade die Leipziger Arbeiter keine sonderliche Ursache, auf Preußen und das „freibeitfeindliche“ Ministerium gut zu sprechen zu sein. Denn in Preußen wurde Lassalle verurtheilt; in Berlin und Magdeburg wurde der Allgemeine deutsche Arbeiter-Verein geschlossen. Nichtsdestoweniger hat die Leipziger Versammlung es über sich vermocht, alles specifiisch Kleinsächliche über den großen Zweck zu vergessen; sie hat des Eisens Schmiedezettler erlanzt und männlich zum Hammer gegriffen, wie er von Preußen geboten ist.

Und wer die That will, die entschlossene That, ohne Wenn und ohne Aber, der kann nur hingehen und ein Gleiches thun.

Das in Betreff des Verhältnisses der Parteien zum Wahlrecht Besagte ist vollkommen richtig und können wir von A bis Z unterschreiben.

Nicht so ganz ist dieses hinsichtlich der Stellung der Arbeiterpartei zur deutschen Frage der Fall.

\*) Die betreffende Versammlung fand bekanntlich nicht in Leipzig, sondern in Dresden statt.

Ann. d. Red. d. „Soc.-Dem.“

Wir müssen nämlich entschieden dagegen Verwahrung einlegen, daß es über das, was an die Stelle der jetzigen particularistischen Zerrissenheit und Kleinstaaterie treten solle, unter den Arbeitern an „Klarheit“ und „Einigkeit“ fehle.

Von „Preußens Beruf“, an die Stelle der Kleinstaaterie zu treten, weiß man gerade in den Arbeiterkreisen erst recht nichts. Dies hat sogar die jüngste Berliner Arbeiterversammlung in erfreulicher Weise an den Tag gelegt.

Dagegen leuchtet es den Arbeitern vollkommen ein, daß man — schon weil es unmöglich ist — keinen vernünftigen Grund haben kann, Preußen an der Zertrümmerung der Kleinstaatenwirtschaft, d. h. an einem Kriege mit Oesterreich — falls es den Muth dazu hat — verhindern zu wollen.

„Was dann weiter daraus wird“ — so sagen sich die Arbeiter — „werden die Umstände lehren: was uns betrifft, so wissen wir, daß wir weder ein Großpreußen, noch ein Großösterreich wollen, sondern ein freies und einheitsliches Deutschland, frei und einzig durch den Willen der Nation.“

„Will Preußen dieses verwirklichen helfen, — gut, so mag es den Versuch machen, das gerade Gegentheil von dem zu werden, was es bis heute war.“

„In diesem Sinne, wenn es seine Sache zu der unsrigen gemacht hat, wollen wir bis auf Weiteres zusammen gehen, aber in keinem andern.“

„Entweder Bundesgenossen oder unveröhnliche Feinde bis zum letzten Athemzuge! Etwas anderes ist zwischen uns nicht möglich.“

„Mag man es darauf hin versuchen!“

„Wir werden nicht vertrauensvoll, sondern mißtrauisch auf unserem Wachtposten verharren, bis es an der Zeit ist auf den Kampfplatz zu eilen und die Geschichte Deutschlands, den Wunsch der Nation zu erfüllen.“

So, nicht mehr und nicht weniger günstig für das Großpreussenthum, scheint uns die Stimmung der Arbeiter beschaffen zu sein, dies die Stellung zu bezeichnen, die ihnen der preussische Regierung und ihren Machtgelüsten gegenüber geziemt.

Alles Uebrige gehört in das Gebiet officiöser Wünsche und Illusionen.

## Politischer Theil.

### Rundschau.

Berlin, 5. Mai.

In Deutschland keine Veränderung in der Habsburg-Hohenzollern'schen Situation. Gerüchte und Telegramme der widersprechendsten Art schwirren, sich kreuzend, wie Mädenschwärme durcheinander, um hier erstorbene Friedenshoffnungen zu galvanisiren, dort noch lebende zu tödten. So wird von Friedensunterhandlungen geseufelt, mit

welchen der Bruder des Hrn. v. Gablenz, vom Grafen Bismarck, und der Wiener Banquier Cotesco, vom Hrn. von Gablenz, beauftragt seien, und was dergleichen Börsermandöver mehr sind. Wir müssen, wie gesagt, vorläufig alle Hoffnungen auf Erhaltung des Friedens für eitel Wind halten, obwohl er immerhin nicht unmöglich ist. — Von Brüssel her ist der Wortlaut der hohenzollern'schen Depesche an das sächsische Kabinet bekannt geworden, der man den Character einer Summation beigelegt hat. Wie der „R. Z.“ von hier gemeldet wird, soll Sachsen in seiner schriftlichen Antwort die von ihm getroffenen Maßregeln bezählen, dann, ähnlich wie Bayern, erklären, dieselben wären in Folge der von den Großmächten ergriffenen Maßregeln getroffen worden und würden zugleich mit diesen aufhören. Angedeutet soll auch sein, Sachsen sei bereit, dem Bundestage, vor welchem Preußen die Angelegenheit bringen könnte, Nachsicht zu geben. — Gleichfalls von Brüssel aus hat man auch zuerst Kunde von dem angeblichen Inhalt des Bismarck'schen Reformprojectes erhalten. Die „France“, der man dasselbe aus Brüssel telegraphirt hat, schrieb:

Das Project zielt auf nichts Geringeres, als die beinahe vollständige Vernichtung des österreichischen Einflusses in Deutschland. Das Project könnte nur den Abgrund zwischen den beiden deutschen Großmächten vergrößern. Könnte es angenommen werden, so wäre dies die Vernichtung des österreichischen Einflusses im Bunde. Um Oesterreich diesem Plan zu unterwerfen, müßte es zuvor ungeheure Niederlagen erleiden.

Das Project selbst ist in dem Brüsseler Journal, d. h. dem nämlichen Blatte erschienen, welches den Gasteiner Vertrag zuerst veröffentlichte. Darnach wären folgende die Grundbestimmungen:

1) Es wird ein Parlament berufen auf Grundlage des allgemeinen Stimmrechts, jedoch mit einigen Beschränkungen der Wahlbarkeit;

2) Es wird eine Centralgewalt gebildet, in welcher nur Oesterreich, Preußen und Bayern einen überwiegenden Einfluß ausüben;

3) Deutschland wird in drei Militärgruppen getheilt: Oesterreich, Preußen und Bayern;

4) Preußen und Bayern haben den Oberbefehl über die militärischen Streitkräfte derjenigen Staaten, welche die zwei letzten Gruppen bilden. Preußen befehligt die unerschütterlich zu schaffende Bundesflotte;

5) Der Bund hört auf, die Besitzungen Oesterreichs zu garantiren, vorbehaltlich einer späteren Verständigung darüber;

6) Dem Parlamente gebührt das Votum über die auf den Gesamtbund anwendbaren Gesetze;

7) Endlich wird die diplomatische Leitung ausschließlich an Preußen übertragen, welches jedoch den einzelnen Staaten die Befugniß überläßt, besondere Handelsverträge zu erneuern.“ (1)

Das wäre also Triaslet mit preussischer Spitze im Hintergrunde in optima forma. Wie die feudale „Zeidl. Corr.“ wissen will, soll es sich bei dem Programm des hohenzollern'schen Parlamentsantrages zunächst um Herstellung einer gemeinsamen Gesetzgebung auf denjenigen Gebieten der Handels-

gesetzgebung, des Zollweizens, der Verkehrs-Einrichtungen, Eisenbahn, Post, Telegraphen, Wasserstraßen, Flußhülle, Freizügigkeit u. s. w., auf denen man bisher auf schwierige, oft an dem Mangel der Einstimmigkeit scheiternde Conferenz-Verhandlungen angewiesen war, ferner deutsche Marine, Bundesbahnen, Küsten-Vertheidigung, gemeinsamer Schutz des deutschen Handelsverkehrs im Auslande und Bundes-Kriegs-Versicherung. „Das sind die Gegenstände“, sagt Zeidler, „die jedenfalls der Competenz der gesammten deutschen Legislative zugewiesen wären; aber es ist hiermit nur ein Minimum angegeben, es ist eine Garantie dargereicht, daß das Parlament keine bloße Schein- und Phrasen-Vertretung sein, sondern sich mit den das Mart der Nation angehenden Interessen befassen soll.“ (?)

In Frankreich scheint man sich bereits auf den Fall vorbereiten zu wollen, daß der Krieg in Italien ausbricht; man nennt schon die Generale, die Commando's in den zu bildenden Observationscorps erhalten sollen. Die Eisenbahnen befördern bereits eine große Anzahl von Truppen nach Süden. — Renber gab am 3. d. Mts. im gesetzgebenden Körper die vorher angekündigte Erklärung über die politische Situation. Darnach wäre es die Absicht der Napoleonischen Regierung, eine strenge Neutralität (wie lange?) zu wahren. In Betreff Italiens erklärte der Minister unter Anderem: „Das Interesse, welches wir für Italien hegen, legt uns die Verpflichtung einer kategorischen Erklärung auf. Italien ist davon benachrichtigt, daß, eben so wie wir jeden Angriff Oesterreichs gegen Italien in hohem Grade mißbilligen würden, wir auch fest entschlossen sind, die Gefahren, welche eine von ihm gegen Oesterreich gerichtete Aggression mit sich bringen würde, seiner Verantwortlichkeit zu überlassen.“ Die Rede des Ministers soll einen guten Eindruck hervorgebracht haben. — Neuerdings soll in den Tuilerien und den politischen Kreisen wieder stark die Rede sein von einem europäischen Congresse. „La France“ und „La Presse“ haben bereits einen Artikel zu Gunsten des Congresses gebracht. — Aus Berlin wird der „R. Z.“ geschrieben, man versichere von glaubwürdiger Seite, daß nach der Einbringung der preussischen Bundesreform-Anträge das Tuilerien-Kabinet ein Inkular an seine Vertreter bei den deutschen Regierungen erlassen habe, in dem dieselben angewiesen werden, sich dahin auszusprechen, daß Frankreich, was projectirte Veränderungen der deutschen Bundesverfassung anbetreffend, seinen Standpunkt auf den Wiener Verträgen nehme. — Im Kriegsfall 1867 zu verhandeln.

In der Donaufürstenthümer-Angelegenheit liegen verschiedene Nachrichten von Bedeutung vor. Die Pariser Conferenz hat sich nach den Mittheilungen der „Indépendance belge“ mit der Wahl des Prinzen Eugen von Hohenzollern zum Fürsten von

Rumänien beschäftigt. Es wird versichert, daß die Conferenz diese Candidatur, wie die eines jeden fremden Prinzen, ganz entschieden zurückwies. Ein Berliner Telegramm desselben belgischen Blattes versichert, daß der Prinz von Hohenzollern nicht erst die Entscheidung der Conferenz abgewartet hat, um die ihm angebotene Krone zurückzuweisen. Er soll diesen Entschluß auf die Rathschläge einer sehr hochgestellten Persönlichkeit gefaßt haben. — In den Donaufürstenthümern sind die Deputirtenwahlen in den Städten sowohl auf Bojaren als auf Radicale gefallen. In Bucharest allein hat die radicale Partei gesiegt. Voraussichtlich dürfte das liberale Bojarenthum in der gesetzgebenden Versammlung die Majorität haben.

Aus Italien lauten die Nachrichten so kriegerisch als möglich. In Florenz hat eine große Volksdemonstration für den Krieg gegen Oesterreich stattgefunden. Man rief: „Es lebe der König! Es lebe die Armee! Es lebe Garibaldi!“ — Man spricht bereits davon, daß König Victor Emanuel erforderlichenfalls dictatorische Vollmacht erhalten und der Prinz v. Carignan zum Reichsverweser ernannt werden würde. — Die „Opinione“ versichert, Lamarmora habe am 3. d. Mts. in einer Kommission der Deputirtenkammer erklärt, er werde für den Fall eines Krieges alle streitbaren Kräfte der Nation aufrufen. — Der „Tempo“ vom 2. Mai meldet in einer Depesche aus Florenz, daß eine Ministerveränderung stattgefunden habe. Lamarmora übernimmt das Obercommando der Armee, Ricasoli die Präsidentschaft des Conseils. — Der Präfect von Pisa hat in einem Telegramm an den Kriegsminister erklärt, daß die Municipalität sich bereit erklärt habe, mit allen Mitteln für die Erfüllung der Geschäfte Italiens mitzuwirken. Der Minister antwortete dankend. — Eine Extrabeilage der „Gazetta ufficiale“ vom 3. Mai enthält folgendes Decret: Die Bank giebt dem Staatschatz ein Darlehn von 250 Millionen Francs und wird von der Verpflichtung, Banknoten gegen baare Zahlung einzulösen, entbunden.

In England wurde im Unterhause das Budget eingebracht. Die Jahresausgabe wird auf 66,225,000, die Jahreseinnahme auf 67,575,000 Pfd. St. veranschlagt. Sowohl das Parlament wie die Presse haben das Budget günstig aufgenommen. — Merkwürdig ist die Haltung der Presse. Während sich in verschiedenen Journalen die Nachricht findet, das Kabinet von St. James suche zwischen den streitenden Parteien zu vermitteln, und nachdem von den bei dem Conflict engagierten Mächten bald dem Einen und bald dem Anderen eine provocirende Rolle zugeheilt wird, glauben jetzt die britischen Journale, den eigentlichen Störenfried in Frankreich gefunden zu haben. Frankreichs Neutralität, sagt der „Star“, kann eben so gut als eine Drohung betrachtet werden,

## Jeuillon.

### Recht und Freiheit — Deutschlands Hort! \*)

Met. Schlußwort, meerrundungen 1c.  
 Recht und Freiheit, sie nur retten  
 Unser deutsches Vaterland;  
 Recht und Freiheit sind die Ketten  
 Für das deutsche Einheitsband.  
 Recht und Freiheit immerfort  
 Unser erst und letztes Wort!  
 Ist das Allen klar geworden,  
 Wird ein großes Werk vollbracht:  
 Frei und eud ist Süd und Norden  
 Und das Volk die größte Macht.  
 Recht und Freiheit immerfort  
 Unser erst und letztes Wort!  
 Dann ist nichts zu Lieb, zu theuer,  
 Gilt's der Freiheit, gilt's dem Recht;  
 Mit der Liebe heiligem Feuer  
 Zieh'n wir willig in's Gefecht.  
 Recht und Freiheit immerfort  
 Deutschlands Ehr' und Deutschlands Hort!  
 Schloß Corvey, 28. April 1866.

Hoffmann von Fallersleben  
 \*) Aus der „Ab. Ztg.“ Ann. d. Red. d. „Soc. Dem.“

## Bilder aus dem Arbeiterleben.

Von Gustav A.

### IV. Eisenbahnarbeiter.

Vor etwa 20 Jahren wurde der Bau der —en Eisenbahn in Angriff genommen.

Es gereichte den Einwohnern des Städtchens Grünau zu nicht geringer Freude, als sie vernahmen, daß die Eisenbahnlinie hart ihr Städtchen berühren werde, denn zu dem Gefühl der Neugierde, das die guten Spießbürger Grünaus sammt und sonders erfüllte, gesellte sich bald die Lust nach Gewinn, und zwar nicht bloß bei der, um mit der „Vollzeitung“ zu reden, „sogenannten“ bestehenden Klasse, bei jenem gemeinwärtigen Winne der Gesellschaft, das den von Hausher und Schulze erkundeten Entbehrungslohn bezieht, sondern auch bei den Arbeitern, welche durch angestrengte Arbeit etwas mehr als den gewöhnlichen Unterhalt zu verdienen hofften.

Noch ebe die Erarbeiten bei Grünau begonnen, hatte sich deshalb daseibst Alles angeammelt, was gegen die Thaler der „sogenannten“ Besizenden seine schwierigen Hände einzujagen vermochte.

Es war im Frühling, die Witterung im Allgemeinen warm und nur selten durch Tage unterbrochen, deren rauhe, feuchte Luft an den erst eben entschundenen Winter erinnerte.

Die meisten Arbeiter hatten es daher, um die theure Miethe in Grünau, die hier von den Hausbesizern etwa um 50 pCt. nach Beginn des Baues gesteigert wurde,

zu ersparen, vorgezogen, sich von Brettern 1c. Hütten zu erbauen, die natürlich nur für die warme Jahreszeit und nur zum Schlafen bestimmt waren. Der Frau und Kinder hatte, ließ sich von diesen keine Mahlzeit bereiten, um bis in die sinkende Nacht seines Nichts zu genügen, denn man arbeitete nicht für Tagelohn, sondern auf Accord, d. h. pro verarbeitete Schachtel Erde wurde ein durch das Angebot bestimmter und daher stets schwankender Preis gezahlt. So gelang es den fleißigen Arbeitern während der langen Tage bis 25 Sgr. täglich zu verdienen, ein Lohn, der, wie man uns wohl gern zugeben wird, die Bedürfnisse des „Einselnen“ weit übersteigt und das „Sparen“ sehr gut ermöglichen würde, wenn nicht einestheils der Ueberschuß theils durch eine zahlreiche Familie, theils durch die völlig unergiebige Winterzeit, wieder zum größten Theil, wo nicht ganz, konsumirt werden würde. Gesellte sich indeß zur Sorge für die eigene Familie auch noch Trägheit und Verschwendung, dann natürlich mußte der betreffende Arbeiter dem drückendsten Elende schnell anheimfallen.

Genau demselben Schicksal ging der Arbeiter Renhof entgegen, dessen schwächste Seite „die Liebe“ gewesen und zum Theil noch war.

Hätte dieselbe, wie dies Anfangs geschah, sich bloß auf sein recht hübsches Weibchen erstreckt, wir würden sie, vielleicht zum großen Aerger Kirchmann's, dem Kampfen für das Zweikindersystem, herzlich gern entschuldigen, obgleich sie ihm fünf „Ame“ Renhofs, oder, wie Renhof sich ausdrückte, fünf „große“ Mitter verschafft hatte; leider aber widmete er einen großen Theil seiner Zuneigung